- 17.2. Gesuche und Beschwerden von Strafgefangenen sind entsprechend § 41 der 1. Durchführungsbestimmung zum SVWG, von Verhafteten entsprechend Abschnitt X der Untersuchungshaftvollzugsordnung zu bearbeiten.
Bei Eingaben von Bürgern ist nach den gültigen gesetzlichen Regelungen der DDR über die Bearbeitung von Eingaben zu verfahren.

- 17.3. Eingaben von Verhafteten an staatliche Organe oder gesellschaftlichen Organisationen sind im Ermittlungsverfahren über den zuständigen Staatsanwalt und im gerichtlichen Verfahren über das zuständige Gericht unverzüglich weiterzuleiten.

- 17.4. Eingehende Schriftstücke, die Inhaftierte betreffen, aber inzwischen verlegt wurden, sind unverzüglich der neuen Vollzugseinrichtung zu übersenden.
Bei termingebundenen Schreiben staatlicher Dienststellen und Eingaben der Bürger ist Abgabennachricht zu erteilen.

- 18. Aufgaben zur Gewährleistung der Wahrnehmung der Rechte der Inhaftierten in Zivil-, Arbeits-, Familien- und Strafrechtsfragen

- 18.1. Bei der Aufnahme sind die Inhaftierten darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihre Rechte in Zivil-, Arbeits-, Familien- und Strafrechtsfragen auch in den Vollzugseinrichtungen wahrnehmen können.
Sie sind darauf hinzuweisen, daß der hierzu erforderliche Schriftverkehr gewährleistet ist.